

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit: „Event Reporting“, Repression und Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen

*„Migration is normal, we don't think about it. We grew up with migration as an everyday phenomenon. The second thing is that most people are from rural areas. They are unskilled and often illiterate. These are people who don't know how to raise their voices, to whom to go to ask for justice“ (HAM\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:36:27-4#).*

Nach der akteurszentrierten Analyse in den Kapiteln zum bilateralen Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien (5.) und Migration (6.) folgt nun die finale dritte Rahmung der von mir untersuchten Arena der pakistanischen Öffentlichkeit, in der sich die neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen bewegen (müssen) und zu der sie Zugang erhalten wollen.

Mediale Sichtbarkeit zu Migration nach Saudi-Arabien konstituiert sich in einem Mediensystem, welches von untersuchten Akteur\*innen aus Medien sowie NRO als hierarchisiert, kommerzialisiert, korrupt und zensiert beschrieben wird und sich gleichzeitig durch eine enorme Heterogenität auszeichnet (vgl. AFR\_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad; NAY\_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; RAT\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore): Moderne Kommunikationsmedien existieren parallel zu lokalen Massenmedien, die stärker durch *Face-to-Face*-Kommunikation, direkten Zugang zu kleineren Arenen für ethnische, rurale und lokale Eliten und Traditionen geprägt wird. Sakrale Räume wie Moscheen dienen ebenso als Arenen dieser lokalen Öffentlichkeit wie Dorfversammlungen, während religiöse oder politische Meinungsführer\*innen als Sprecher\*innen für soziale Gruppen fungieren, die keinen Zugang zum nationalen Mediensystem erhalten (können).

Es soll in diesem Kapitel herausgearbeitet werden, wie die einflussreichen Gatekeeper\*innen Schaffung von Öffentlichkeit regulieren und kontrollieren und wie sich die neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen in einem solchen Umfeld verorten bzw. behaupten. Somit sollen die Grenzen und Möglichkeiten medialer Öffentlichkeit zu Migration analysiert werden.

Die von mir untersuchten Akteur\*innen kritisieren die Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem durch militärische

und politische Entscheidungsträger und das mit ihnen zusammenhängende Medienmanagement (7.1). Dieser Referenzrahmen bildet den Hintergrund für die limitierten Optionen, Migration aus Sicht der Öffentlichkeitsakteur\*innen öffentlich verhandelbar werden zu lassen (7.2). Migranten werden als eigenverantwortlich für ihre „Misere“ stigmatisiert. Außerdem platzieren sie ihre Anliegen bei politischen Entscheidungsträgern, um sich Gehör zu verschaffen, bewerten diese Nähe zu politischen Gatekeeper\*innen aber vielfach skeptisch, da sie dadurch Gefahr laufen, kooptiert zu werden. Auf dieses komplexe Beziehungsgeflecht wird in 7.3 eingegangen.

### **7.1 Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem: „Journalists are public servants“**

Aus Sichtweise vieler interviewter Öffentlichkeitsakteur\*innen leidet das pakistanische Mediensystem seit Jahrzehnten unter einem umfangreichen Kommerzialisierungsprozess, der sich auf die kritische Berichterstattung zu Migration auswirkt (vgl. RAZ\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore; THE\_LAH, Interview, 13.02.2016, Lahore). Diese Beobachtung bestätigt auch die medienwissenschaftliche Literatur zur Genese des pakistanischen Mediensystems während der Militärdiktatur von General Pervez Musharraf (reg. von 2001–2008), der ab 2002 private Fernsehsender zuließ und damit das Monopol des staatlichen *Pakistan Television* (PTV) (vgl. Schmidt 2013: 13) brach. In den folgenden acht Jahren gingen 89 Fernsehsender auf Sendung und 26 ausländischen Kanälen wurden Senderechte in Pakistan gewährt, während 138 Radiosendern die Lizenz erteilt wurde (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013: 7). Hinter dieser Maßnahme steckte strategisches Kalkül: So wollte Musharraf den medialen Einfluss des pakistanischen Rivalen Indien eindämmen, der über seine Satellitensender seit den 1990er Jahren auch in Pakistan öffentliche Aufmerksamkeit erreicht hatte (vgl. Mezzera/Sial 2010: 27). Dies gelang Indien insbesondere über *Star Channel*, der zum zweitwichtigsten Sender in Pakistan aufgestiegen war (vgl. Schmidt 2013: 13). „Media liberalisation was seen as one way to appease pro-democracy voices without ceding too much control“ (Yusuf/Schoemaker 2013: 8). Vor diesem Hintergrund gerieten private Medien zunehmend unter Druck, Einnahmen aus Werbeanzeigen generieren und/oder staatliche Unterstützung erhalten zu müssen (vgl. Ahmed 2010: 5).<sup>100</sup>

---

<sup>100</sup> Zwischen 2002, dem Jahr der Medienliberalisierung unter Musharraf, und 2012 stiegen die Werbeausgaben im pakistanischen Mediensystem um 23% (vgl. Alam, 06.07.2012), wovon vor allem die Fernsehsender *PTV* und *Geo TV* sowie bei den Printme-

## 7.1 Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem

Dieser Druck besteht bis in die Gegenwart: Nur 25% der Einnahmen der Printmedien stammen aus Abonnements (Yusuf 2013: 83). Insbesondere staatliche Zuwendungen für Anzeigen sind für viele Medienformate zu einer existenziellen Notwendigkeit geworden, was zu einem Verdrängungswettbewerb geführt hat: Während bei den elektronischen Medien eine quantitative Zunahme seit 2002 zu verzeichnen ist, reduzierte sich die Anzahl der Printmedien von 1.997 registrierten Tageszeitungen und Zeitschriften im Jahr 2005 auf 646 im Jahr 2012 (vgl. Artelt 2013: 20) (siehe [Tabelle 5](#)).

Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich auch im TV-Bereich: Auch wenn keine offiziellen Informationen vorliegen, gehen Schätzungen davon aus, dass 50 Mio. US-Dollar (vgl. Yusuf 2013: 85) bzw. etwa 33% (vgl. Siraj 2009: 44) der TV-Werbeinnahmen allein aus staatlichen Zuschüssen stammen. 2011 erhielten die Fernsehsender mit 187 Mio. US-Dollar sogar 58% der Werbeeinnahmen (vgl. Yusuf 2013: 84). „The state still manipulates the media, but at a higher level, hence certain regional or small TV channels are given more state advertisements while some national channels (...) are given fewer ads“ (Ali 2013: 39). Interessanterweise ist zwar die Anzahl der Fernsehsender gestiegen, doch die Reichweite der neuen privaten Kabelanbieter stagnierte auf niedrigem Niveau, da das Kabelnetzwerk nur schrittweise ausgebaut wurde und die Kosten für einen solchen Anschluss deutlich höher lagen als für das herkömmliche terrestrische System, über welches *PTV* sendet.<sup>101</sup> Während in urbanen Gebieten der Empfang von Kabelprogrammen deutlich kostengünstiger zu erwerben ist, da dort die notwendige technische Infrastruktur und mehrere konkurrierende Anbieter existieren, besteht dieses Angebot im ländlichen Raum nicht. Dies hat dazu geführt, dass sich der Marktanteil des staatlichen Fernsehens in den Städten deutlich reduziert hat, während er in ruralen Gegenden konstant blieb, da keine Konkurrenzsender empfangen werden können.

Ebenso wie im Print- und TV-Bereich haben sich auch die Werbeeinnahmen der Radiosender drastisch erhöht und stiegen allein zwischen 2010 und 2011 um 22% (vgl. Andrew 2012). Dabei stellen die Radiosender in ihrer Diversität eine Besonderheit innerhalb des pakistanischen Mediensystems dar. Radio wird insbesondere in ruralen Gebieten häufig genutzt, da wie beschrieben die technische Infrastruktur regelmäßigen Fernsehempfang einschränkt und die im

---

dien *Jang*, *Dawn* und *Nawa-i-Waqt* profitieren (vgl. Ali 2013). Insbesondere in den elektronischen Medien dominieren wohlhabende Geschäftsleute und Konglomerate den Medienbesitz (vgl. Mezzera/Sial 2010: 8).

<sup>101</sup> Vor 2002 hatte es nur drei staatseigene Fernseh- und einen Radiosender gegeben, 2012 existierten bereits 91 lizenzierte TV-Sender (vgl. Yusuf, 11.08.2010), die 21 Millionen Haushalte mit insgesamt 124 Millionen Konsumenten erreichten (vgl. Qureshi/Aziz, 10/2012).

7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

**Tabelle 5.** Übersicht Mediengruppen in Pakistan. *Quelle: Mezzera/Sial 2010: 15.*

Medien	Jang Group	Dawn Group	Nawa-i-Waqt Group	Express Group	Daily Times Group
Tageszeitungen	<i>Daily Jang</i> (Urdu) <i>Daily Awam</i> (Urdu) <i>Daily Awaz</i> (Urdu) <i>The News</i> (Englisch) <i>Daily Waqt</i> (Urdu) <i>Pakistan Times</i> (Englisch) <i>Daily News</i> (Englisch)	<i>The Dawn</i> (Englisch) <i>Star</i> (Englisch)	<i>Nawa-i- Waqt</i> (Urdu) <i>The Nation</i> (Englisch)	<i>Daily Express</i> (Urdu) <i>Express Tribune</i> (Englisch)	<i>Aaj Kal</i> (Urdu) <i>Daily Times</i> (Englisch)
Wochenmagazine	<i>Akhtar-e-Jehan</i> (Urdu) <i>Mag Weekly</i> (Englisch) <i>The News on Sunday</i> (Englisch) <i>Jang Sunday Magazine</i> (Urdu)		<i>Nida-i-Millat</i> (Urdu) <i>Weekly Family</i> (Urdu) <i>Sunday Plus</i> (Englisch) <i>Weekly Money Plus</i> (Englisch)	<i>Express Sunday Magazine</i> (Urdu)	<i>Friday Times</i> (Englisch) <i>Weekly WikKid</i> (Englisch) <i>Daily Times Sunday</i> (Englisch) <i>Aaj Kal Sunday Magazine</i> (Urdu)
Monatsmagazine		<i>Herald</i> (Englisch)	<i>Monthly Phool</i> (Urdu)		
Fernsehsender	Geo Television Network: <i>Geo News</i> (Urdu) <i>Geo Entertainment</i> (Urdu) <i>Aag TV</i> (Englisch/ Urdu) <i>Geo Super</i> (Urdu)	<i>Dawn News</i> (Englisch)	<i>Waqt TV</i> (Urdu)	<i>Express News</i> (Urdu) <i>Express 24/7</i> (Englisch)	<i>Business Plus</i> (Englisch) <i>WikKid</i> (Englisch und Urdu)

Vergleich zu urbanen Ballungsräumen höhere Analphabetenrate weitflächiges Zeitungslesen verhindert.<sup>102</sup>

Nachdem 1947 *Radio Pakistan* gegründet worden war, folgten bis 1955 noch neun weitere Sender (vgl. Khalid 1986: 133).<sup>103</sup> Im Nachrichtenbereich besitzt allerdings das staatliche *Radio Pakistan* weiterhin eine Monopolstellung, da privaten Anbietern nicht erlaubt ist, nationale oder internationale Nachrichten zu senden, sodass sie sich auf Musik- oder Unterhaltungsprogramme konzentrieren müssen (vgl. Yusuf 2013: 36). Diese Einschränkungen versuchen einige lokale und nicht-lizenzierte Privatsender in den ruralen Gebieten zu umgehen, welche in lokalen Sprachen senden und somit zur ethno-linguistischen Diversität und zur medialen Dezentralisierung des pakistanischen Mediensystems beitragen und die Teilung des Mediensystems in „selbständige Öffentlichkeiten“ forcieren (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013: 3).<sup>104</sup>

Aufgrund dieser exorbitant gewachsenen Kompetitivität innerhalb des elektronischen Mediensystems um Einschaltquoten und Anzeigenkunden hat sich eine Sendelandschaft herausgebildet, die sehr divers, gewinnorientiert und massenwirksam arbeitet. Diese Kultur der Kommerzialisierung beeinflusst die qualitative Bandbreite an diskutierten Themen, die sich vor allem an Einschaltquoten und Verkaufszahlen sowie den Interessen der Sponsoren orientiert. „What is left is negligible space for coverage of social issues, which, along with human rights issues, are not on the agenda of most of the Pakistani media“ (Kalansooriya 2010). Viele interviewte Journalist\*innen bezeichnen diese Kommerzialisierung auch als indirekte Zensur. Sie werden in ihrer alltäglichen Arbeit und Themenauswahl durch kommerzialisierte Interessen ihrer Chefredaktionen beeinträchtigt, was sich insbesondere auf ihre Arbeit zu Migration niederschlägt (vgl. NAY\_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; RAT\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore).

---

<sup>102</sup> So betrug die Gesamtalphabetisierungsrate der über 15-Jährigen im Jahr 2014 nach Angaben der Vereinten Nationen 56,98% (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2014a). Während sie bei den 15–24-Jährigen bei immerhin 72,8% lag, konnten von den über 65-Jährigen nur 25,29% lesen und schreiben (vgl. UNESCO Institute for Statistics 2014b).

<sup>103</sup> 1972 wandelte die Regierung *Radio Pakistan* in die öffentliche Sendeanstalt Pakistan Broadcasting Corporation (PBC) um, genoss aber auch vorher schon weitgehende Kontrolle über *Radio Pakistan* (vgl. Sayed 1988), da z. B. der Vorsitzende des Aufsichtsrates in Personalunion als Staatssekretär des Informationsministeriums fungierte (vgl. Sayed 1988: 87). In Folge dieser gestärkten Staatskontrolle entwickelte sich PBC zu einem regierungsnahen Verlautbarungsorgan.

<sup>104</sup> In diesem Zusammenhang gründeten sich allein in KP 150 illegale und z. T. von Islamisten betriebene Radiosender (vgl. Ramaprasad 2013: 88), die auch als „hate speech radios“ beschrieben werden (International Media Support 2009: 6).

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Ein Beispiel für diese selektiven Medieninhalte erlebte ich eindrücklich während meines Feldforschungsaufenthaltes in Islamabad im Februar/März 2016: Damals gewann die pakistanische Regisseurin Sharmeen Obaid Chinoy in den USA ihren zweiten Oscar für den Dokumentarfilm „A Girl in the River – The Price of Forgiveness“. Während sie in den Medien gefeiert und ihre Leistung für ihre Heimat gepriesen wurde, fand am selben Tag die Hinrichtung Mumtaz Qadris statt, der im Januar 2011 den ehemaligen Gouverneur von Punjab Salman Taseer mit 28 Schüssen getötet hatte. Letzterer hatte sich gegen das umstrittene Blasphemiegesetz ausgesprochen und sich dadurch den Zorn vieler militanter Islamisten im Land zugezogen. Nach der Exekution Qadris kam es zu landesweiten Protesten von islamistischen Gruppierungen, Rawalpindi und Lahore wurden weiträumig abgeriegelt. In Islamabad wurden die Sicherheitsvorkehrungen erhöht, wovon auch ich betroffen war. Doch während Chinoy's Oscargewinn medial omnipräsent war, blieben die Demonstrationen in den Massenmedien unsichtbar. Dies hing mit einer umfassenden Zensurkampagne zusammen, die es den Medienformaten untersagte, über die Hinrichtung und die anschließenden Demonstrationen zu berichten. Die staatliche Medienbehörde Pakistan Electronic Media Regulatory Authority (PEMRA) erließ über *Twitter* den Aufruf an die Medien, nicht über die Demonstrationen zu berichten, um weitere Destabilisierung zu vermeiden (vgl. Forschungstagebuch, 01.03.2016, Islamabad).<sup>105</sup>

„Ich glaube, heute war so ein Tag, der die ganze Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit des pakistanischen Mediensystems zusammenfasst“, schrieb ich am 29. Februar 2016 in mein Forschungstagebuch. Ein pakistanischer Kollege äußerte damals den Verdacht, „dass die Exekution bewusst auf den Tag der Oscarverleihungen gelegt worden war, um im Falle eines Sieges vom Tod Qadris ablenken zu können“ (vgl. Forschungstagebuch, 29.02.2016, Islamabad). An den kommenden Tagen wurden die Sicherheitsvorkehrungen in Islamabad und anderen Städten weiter verschärft: 3.000 Polizisten waren allein in der Hauptstadt im Einsatz, Schulen und Universitäten blieben geschlossen.

Die Gleichzeitigkeit beider Ereignisse sowie die unterschiedliche mediale Sichtbarmachung zeigten mir anschaulich, wie limitiert öffentliche Arenen in Pakistan ausgestaltet sind und welch enormer Einfluss auf kritische Öffentlichkeitsakteur\*innen genommen wird. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um politischen Druck der Gatekeeper\*innen, sondern auch um gesellschaftliche

---

<sup>105</sup> Um den wachsenden Medienmarkt zu kontrollieren und zu regulieren, war sie im März 2002 gegründet, aber bereits zwei Jahre zuvor als Regulatory Authority for Media Broadcast Organisations (RAMBO) von Musharraf initiiert worden (vgl. International Media Support 2009: 18).

Stigmatisierung sicherheitsrelevanter Tabuthemen wie dem Mord an Salman Taseer.

Ähnlichen Einschränkungen unterliegt auch die mediale Sichtbarkeit von Migration: Aufgrund der Kommerzialisierung des Mediensystems erhalten viele neue Öffentlichkeitsakteur\*innen nur erschwerten und begrenzten Zugang zur Arena der Öffentlichkeit, da sie mit Migration nach Saudi-Arabien ein kritisches Thema öffentlich aushandeln wollen, welches die Interessen der Sponsoren nicht bedient bzw. ihnen diametral entgegensteht. Weiterhin werden von den meisten untersuchten Akteur\*innen die Arbeitsbedingungen innerhalb des pakistanischen Mediensystems durch diese vorherrschende Praxis des Medienmanagements kritisiert, da damit u. a. investigativer Journalismus verhindert oder erschwert wird. Stattdessen definiert sich die Qualität einer/s Journalist\*in oder Vertreter\*in der Zivilgesellschaft über die Güte seiner Zugänge zu Gatekeeper\*innen aus Politik, Wirtschaft und Militär.

Dabei handelt es sich um ein historisches Phänomen: So führte die politische Dominanz des Militärs in der Vergangenheit immer wieder zu Einschränkungen der Pressefreiheit. Nach dem Militärputsch 1958 wurden die beiden größten pakistanischen Nachrichtenagenturen unter General Ayub Khan (reg. 1958–1969) vom Staat konfisziert. Unter seiner Ägide wurde auch das Bureau of National Research and Reconstruction, der Vorläufer des späteren Ministry of Information and Broadcasting, ins Leben gerufen, welches bekannte Journalist\*innen anwarb, „to lend their names to commentaries that were published in national newspapers in support of government policies“ (Nawaz 2008: 173). 1960 folgte mit der „Press and Publications Ordinance“ (PPO) eine weitreichende Pressezensur, die 1963 durch die „Press and Publications (West Pakistan) (Amendment) Ordinance“ erweitert wurde (vgl. International Media Support 2009: 15). So durfte über Sitzungen in der Nationalversammlung und den Provinzregierungen nur nach Zustimmung der Regierung berichtet werden. Bei Verstößen wurden hohe Konventionalstrafen verhängt oder Lizenzentzüge ausgesprochen (vgl. Rawan 2000: 331). Mit der Gründung des National Press Trust (NPT) ein Jahr später führte Ayub Khan die verstaatlichten Zeitungen in einem von der Regierung kontrollierten Gremium zusammen und institutionalisierte damit die Medienkontrolle (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013). Im Gegenzug ernannte die Regierung die Chefredaktion der insgesamt sieben beteiligten Zeitungen (vgl. Rawan 2000: 332).<sup>106</sup> Während Ayub Khans Regierungszeit wurde 1964

---

<sup>106</sup> Dass sich gegen die Zensurpolitik Widerstand in Form von Streiks seitens der anderen Öffentlichkeitsakteur\*innen organisierte, führte zwar zu einer einmonatigen Aussetzung der PPO, konnte aber die zunehmende Medienkontrolle durch die Regierung nicht verhindern (vgl. Niazi 2010: 98–104).

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

auch das Staatsfernsehen *PTV* gegründet, das seinen Sendebetrieb in Rawalpindi und Karachi aufnahm. Beginnend mit Ayub Khan sollten auch alle späteren Verschärfungen der Pressegesetzgebung durch Militärdiktaturen umgesetzt werden, sodass keine diese legislativen Beschlüsse im Parlament diskutiert oder entschieden wurde (vgl. Mezzera/Sial 2010: 12).

„Die Politiker belohnten die Zeitungsherausgeber für ihre ‚Loyalität‘ mit hohem Druckpapierkontingent, freien Auslandsreisen und Grundstücken, mit vielen Regierungsanzeigen in der Zeitung oder mit Lizenzen für neue Maschinen“ (Rawan 2000: 327).

Die Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 führte in Pakistan unter Präsident Yahya Khan (reg. 1969–1971) zu einer weiteren Verschärfung der Zensur, während sein Nachfolger, Zulfikar Ali Bhutto, zuerst zwar die Liberalisierung des Presserechts und die Auflösung des NPT angekündigt hatte, beides aber nicht realisierte. Stattdessen ließ er den Import von Papier kontrollieren, um den Zeitungsdruck zu reglementieren. Dies hatte zur Folge, dass Zeitungen immer abhängiger von staatlichen Anzeigen wurden, um ihre gestiegenen Kosten zu decken (vgl. Rawan 2000: 333–335; Niazi 2010: 140; Lent 1983: 27). Im Rahmen seiner sogenannten „Islamisierungspolitik“ (vgl. dazu [Kapitel 5](#)) implementierte Zia ul-Haq ein umfassendes und direktes Kontroll- und Zensursystem, das die „Einhaltung der moralischen Tugenden des islamischen Staates“ gewährleisten sollte (vgl. Kreuzmann 2002): „Im Grunde ging es um einen Versuch Zias, mit der Islamisierungspolitik im Land nach mehreren gescheiterten demokratischen Regierungsexperimenten ein nationales Bewußtseinverständnis zu entwickeln“ (Rawan 2000: 48). 1979 wurden die Wahlen verschoben und alle Parteien aufgelöst sowie Druckerzeugnisse und Audiomedien zensiert und eine Kriegsrechtsverordnung eingeführt, die jede Medieninstitution anwies, ihre Produkte vor der Publikation den Behörden vorzulegen (vgl. Niazi 1994: 3). Das Risiko, enteignet zu werden oder die Druckereien zu schließen, hielt viele Herausgeber\*innen ebenso vom Widerstand ab, wie ihre Mitarbeiter\*innen, die ihre Verhaftung fürchteten (vgl. Niazi 1994: 35f.). Erst Benazir Bhutto (regierte als Premierministerin von 1988 bis 1990 und von 1993 bis 1996) erlaubte eine vorsichtige Öffnung des Mediensystems: Sie setzte die PPO aus und stellte entlassene Journalist\*innen wieder ein, löste allerdings den NPT nicht auf, da die darin vertretenen Medien zumeist wie sie aus dem Punjab stammten, sodass eine kritische Berichterstattung auch ihren lokalen politischen Interessen hätte schaden können (vgl. Napoli 1991: 70). Unter Musharraf erfolgte dann die bereits angesprochene weitreichende Liberalisierung bzw. Privatisierung der Medien, die allerdings nicht in einer größeren Medienfreiheit bei der kritischen Berichterstattung führte. Dies führte zu gravierenden Konflikten zwischen Medien und staatlichen Gatekeeper\*innen wie während des sogenannten



„Anwaltsaufstandes“ 2007, der als Reaktion auf die Verhaftung des prominenten und regierungskritischen Richters des obersten Gerichtshofes Iftikhar Muhammad Chaudry entstand. Im Zuge dessen entwickelte sich eine kontroverse Diskussion über die Entwicklung einer zivilen medial repräsentierten Oppositionsbewegung, die sich über die sozialen Medien (vgl. Bolognani 2010) ausbreitete und von Teilen der Zivilgesellschaft unterstützt wurde (vgl. Mezzera/Sial 2010). Heftige Kontroversen um den Einfluss des Staates auf die Judikative, das Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und Regierung sowie demokratischen Rechten und autokratischer Kontrolle wurden in aller Vehemenz in einer sich entwickelnden neuen Arena der Öffentlichkeit ausgefochten: „TV’s non-stop coverage, political commentary, and raucous call-in programs helped fuel public opinion, posing a public relations nightmare for the regime“ (Ricchiardi 2012: 8). In der Konsequenz entstand eine breite und meinungspluralistische Öffentlichkeit, in denen investigative Journalist\*innen, Online-Aktivist\*innen und Repräsentant\*innen der Zivilgesellschaft gesehen, gehört und verstanden wurden, wie einige der von mir befragten Journalist\*innen aus eigener Erfahrung berichten (vgl. SAL\_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore; MAL\_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore). Sie begannen, bestehende asymmetrische Machtverhältnisse und Strukturen herauszufordern, indem sie mediale Tabus brachen, soziale Mobilisierung erreichten und auf Missstände im politischen System hinwiesen: Das korrupte System wurde ebenso angeprangert wie die Dominanz traditioneller Patronage- und Klientelnetzwerke. Insbesondere Online-Aktivismus in Form von regierungskritischen Blogs, Foren oder sozialen Netzwerken nahm in dieser Zeit zu (vgl. Yousaf et al. 2012: 74). Die Regierung reagierte auf diese Entwicklungen mit einer umfassenden Zensurkampagne, verbot Berichterstattung über regierungskritische Demonstrationen und Anschläge von militanten islamistischen Gruppierungen und sanktionierte Zuwiderhandlungen mit Haft- oder Geldstrafen oder mit Lizenzentzug für Senderechte (vgl. Ali 2008: 308).<sup>107</sup> Das Beispiel von der zensierten Berichterstattung über die Demonstrationen nach der Hinrichtung Qadris zeigt, dass der Staat nach wie vor ein ähnliches Vorgehen gegen kritische Medienberichterstattung präferiert. Dies sei symptomatisch für das pakistanische Mediensystem, erläutert Taha Siddiqui konsterniert, und habe zu einer Mentalität des „Event-Reporting“ geführt:

---

<sup>107</sup> So wurden im Juni 2007 *GEO*, *ARY One World*, *Aaj TV*, *Dawn News* (vgl. Bolognani 2010: 402f.), aber auch ausländische Satellitensender wie *CNN*, *BBC World* und *Al-Jazeera* abgeschaltet (vgl. Khan/Joseph 2008). *Geo TV* soll nach seiner temporären erzwungenen Schließung 2007 jeden Tag etwa 1 Mio. US-Dollar Verlust gemacht haben (vgl. Pirzada, 22.11.2007).

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

„Everybody discusses the main statements of the parliament debates but there is no follow up. Nobody asked for additional information, documents or other sources. It's completely unimportant if it's true or not what they telling us“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:12:34–6#).<sup>108</sup>

In der Literatur wird dieses Phänomen als „statement journalism“ (Akthar 2000: 81) oder „envelope journalism“, (Jamil 2013: 75) bezeichnet. Aus Siddiquis Perspektive reproduzieren pakistanische Medien nur die von staatlichen Akteur\*innen vorgegebenen Narrative, ohne sie selbst zu hinterfragen. Dies liege auch daran, dass trotz der zunehmenden Privatisierung des Mediensystems der staatliche Einfluss in Form von Anzeigenzuwendungen nicht abgenommen habe. Deswegen arbeitet er auch nicht mehr für pakistanische Medien:

„I wanted to do journalism and not this life-event reporting, covering press conferences and all this stuff. On press conferences, the Q&A session is like a game. The politician decides what journalist can ask what question. The people who are invited to join chief of army trips or political trips are allowed to ask questions. I don't want to do this. That's why I switched to international media. There I have the budget“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:19:53–4#).

Die meisten Journalist\*innen seien nur daran interessiert, „kreatives Medienmanagement“ zu betreiben, um in einem hoch kompetitiven Mediensystem die Gunst der Rezipient\*innen zu gewinnen und eigene Zugänge zum Machtzirkel bzw. damit verbundene Einnahmequellen nicht zu gefährden. Stelle man sich in seiner journalistischen Arbeit gegen das Militär oder den Geheimdienst, würden einem die wenigen Zugänge zu Kontakten, Arenen und Ressourcen verweigert und man erhalte keinerlei Informationen mehr von offizieller Seite, erklären neben Siddiqui auch andere Journalist\*innen (vgl. JOV\_LAH, Interview, 30.01.2016, Lahore; AAL\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Das Militär verfügt als *Milbus* über enormes Ansehen und sozialen Status, sodass die Missachtung oder Marginalisierung unliebsamer Journalist\*innen von Seiten des Sicherheitsapparats zur gesellschaftlichen Ächtung führt und sie bei den eigenen Chefredakteur\*innen und Kolleg\*innen sowie im privaten Umfeld in Misskredit bringt. Somit kann ein Ausschluss von diesen Informationsquellen für pakistanische Journalist\*innen das Ende der beruflichen Karriere bedeuten. Hierzu bedarf es nicht einmal umfassender Einschüchterungsversuche oder

---

<sup>108</sup> Nach dem World Press Freedom Index aus dem Jahr 2018 von „Reporter ohne Grenzen“ liegt Pakistan wie bereits im Vorjahr auf dem 139. Rang (von 180). Damit gehört Pakistan zu der zweithöchsten Kategorie, die den Gefährdungsgrad für Journalist\*innen und die Pressefreiheit misst (vgl. Reporter without Borders).

offener Drohungen, da oftmals soziale Marginalisierung schon ausreicht, um die Reputation von Journalist\*innen zu untergraben, führt Siddiqui aus:

„Journalists are somehow public servants, servants for the government“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:53:37–1#).

„So many talk shows are so impressed by the military. They all wear uniforms and they want to sit together with journalists who are feeling honored by them. This is the Pakistani narrative and the culture of privilege that Pakistani journalists love to enjoy. Our press cards are like get-out-of-jail cards. If you show your press card, you can pass security checkpoints for instance. There are subsidized land for journalists. Everybody gets such incentives and journalists told us: Why should we not? This is part of our mentality“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:53:25–4#).

Darüber hinaus fördern die prekären Arbeitsverhältnisse vieler Journalist\*innen eine Kultur der finanziellen Bestechlichkeit: Im Urdu-sprachigen Printbereich verdienen Journalist\*innen im Durchschnitt nicht mehr als 250 EUR im Monat, während bei englischen Zeitungen die Gehälter zumindest etwas höher liegen (vgl. International Media Support 2009: 23). Journalist\*innen sind deswegen häufig angewiesen auf externe Geldzuwendungen, subventionierte Eigentumswohnungen oder Häuser sowie lukrative Geschäftsverträge von Militärs und Regierungsoffiziellen. Dafür sollen sie im Gegenzug wohlwollend berichten (vgl. Yusuf 2013: 8). Dieses asymmetrische Abhängigkeitsverhältnis spiegelt die omnipräsente Funktion des Militärs in der Arena der medialen Öffentlichkeit in unterschiedlicher Wirkmacht (Kooption, Repression, Stigmatisierung etc.) wider. Dieser Einfluss habe aus Journalist\*innen „Hofberichterstatte\*innen“ (*court reporters*) werden lassen, die instrumentalisiert werden (vgl. Interview, Taha Siddiqui, 22.02.2016, Islamabad, #00:11:40–7#). Journalist\*innen empfinden es vielfach als Ehre und als Teil ihres Berufsethos, als willfähige Erfüllungsgehilfen des Militärs zu dienen, obwohl ihre professionelle Pflicht eigentlich sein müsste, dessen Vorgehen und gesellschaftliche Rolle zu hinterfragen, betont der Journalist SIA\_LAH (vgl. Interview, 05.02.2016, Lahore). Solange man die Institution des Militärs nicht attackiert, könnten Journalist\*innen ohne gravierende Einschränkungen in Pakistan agieren. Doch werden rote Linien überschritten, droht Gefahr. Siddiqui berichtet von anonymen Drohanrufen und offenen Warnungen der jeweiligen Chefredakteur\*innen:

„When you work with domestic newspapers, a lot of self-censorship happens or censorship by editors. They take out lines, they change ‘Pakistan army’ to ‘security forces’, fine-tuning“ (Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:08:37–6#).

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen betrachten das aus der Kommerzialisierung und der traditionellen Zensur des Mediensystems resultierende „Event-Reporting“ als Inbegriff der limitierten Zugänge zu Teilbereichen pakistanischer Öffentlichkeit. Ohne die notwendigen Kanäle zu einflussreichen Gatekeeper\*innen aus Politik und Militär riskieren sie die mediale und damit berufliche Bedeutungslosigkeit. Diese Mechanismen des pakistanischen Mediensystems werden von ihnen strikt abgelehnt und bilden die Grundlage für die limitierten Möglichkeiten, Migration nach Saudi-Arabien sichtbar werden zu lassen. Vor diesem Hintergrund und der bereits beschriebenen Sensibilität Saudi-Arabiens ist kritische Berichterstattung zum Königreich besonders riskant. Dies zeigt sich auch in der weiteren Kommunikation mit pakistanischen Journalist\*innen: Einige reagierten nach Beendigung meines Feldforschungsaufenthalts immer zögerlicher, mir auf meine Nachfragen und Nachrichten zu antworten. Insbesondere zum bilateralen Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien werde er sich nicht mehr äußern, schreibt einer von ihnen in einer *WhatsApp*-Nachricht vom 16. November 2017: „I’m really sorry, my friend. But unfortunately, I cannot talk anymore about the Saudi issue. It has become too dangerous for me and my family.“ Er sei sich sicher, dass seine Emails und Social-Media-Accounts überwacht und seine Äußerungen kontrolliert würden.

Als wichtigstes staatliches Instrument dieser medienkontrollierenden Maßnahmen gilt PEMRA, was in Bezug auf die eingeschränkte Medienfreiheit zu Saudi-Arabien an zwei Beispielen deutlich wird: Am 30. September 2015 hatten unterschiedliche Medien – vor allem TV-Sender – eine SMS von PEMRA erhalten, in denen sie aufgefordert wurden, sich nicht kritisch in ihrer Berichterstattung zu „befreundeten Staaten“ zu äußern. Die Mitteilung erfolgte, nachdem während der Pilgerfahrt nach Saudi-Arabien in der heiligen Stätte Minā eine Massenpanik ausgebrochen war.<sup>109</sup> Bei der so genannten „Minā-Tragödie“ sollen auch 83 pakistanische Staatsangehörige ums Leben gekommen sein (vgl. Jabri, 20.11.2015). Es folgte in den Medien deutlich artikulierte Kritik an der saudischen politischen Führung, was von der politischen Führung nicht geduldet wurde: „Some channels are airing programmes on Mina accident and indirectly [accusing] Saudi Arabia of mismanagement. They need to be reminded that Article 19 of the Constitution restricts comments that may affect relations with friendly countries“ (Ali, 03.04.2015). In diesem zitierten Artikel heißt es:

„Every citizen shall have the right to freedom of speech and expression, and there shall be freedom of the press, subject to any reasonable restrictions

---

<sup>109</sup> Inoffizielle Schätzungen beziffern die Zahl der Todesopfer auf etwa 2.400, während die saudischen Behörden von 769 Toten sprachen (vgl. Almkhtar/Watkins, 05.09.2016).

## 7.1 Tabuisierung von Saudi-Arabien in einem kommerzialisierten Mediensystem

imposed by law in the interest of the glory of Islam or the integrity, security or defence of Pakistan or any part thereof, friendly relations with foreign States, public order, decency or morality, or in relation to contempt of court, commission of or incitement to an offence" (The Constitution of Pakistan).

Dieser „Hinweis“ wurde in vielen englischsprachigen Medien kritisch kommentiert. So schrieb z. B. *The Dawn* am 2. Oktober 2015: „If the government cannot bring itself to ask any questions, its move through Pemra to muzzle the media is entirely unreasonable“ (02.10.2015).

Eine ähnliche Verlautbarung von PEMRA war auch nach der Weigerung des pakistanischen Parlaments erfolgt, Truppen in den Jemen zu entsenden:

„The electronic media’s contribution towards image building of nations is significant and the authority can very proudly say that our TV channels are playing a positive role while upholding the dignity, sovereignty of the nation and other brotherly countries (...) except the recent trends going on TV channels where they are trying to create a negative perception of brotherly countries among the masses“ (Albe 01.10.2015).

In beiden Mitteilungen war Saudi-Arabien zwar nicht explizit genannt worden, allerdings diente die Verlautbarung aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen als Aufforderung an die Medien, eindeutig ihre Loyalität zum langjährigen Partner zu bekunden. Dafür habe PEMRA Saudi-Arabien nicht direkt erwähnen müssen; jeder habe gewusst, wer gemeint war (vgl. AFR\_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad; DIE\_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore). Für interviewte Journalist\*innen zeigen beiden Mitteilungen eindrücklich die destruktive Rolle staatlicher Institutionen bei der Einschränkung kritischer Berichterstattung über Saudi-Arabien: „It will be against the interest of the Pakistani state because you would criticize their best friend. You cannot talk against them. You cannot talk against Saudi Arabia“ (HNA\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:36:55–5#). Diese Kontrolle umfasst auch finanzielle Zuwendungen, um insbesondere in Urdu-sprachigen Arenen eine wohlwollende Haltung zu Saudi-Arabien zu forcieren und kritische Akteur\*innen zu kooptieren, wie der Politikwissenschaftler IMG\_LAH vom Center for Research and Security Studies beobachten konnte:

„Die Saudis haben viel Geld, unterstützen Journalisten, Intellektuelle und Kolumnisten mit Geld. Die vergeben viel Geld als Spenden, als Reisegeld, als Ḥağğ, als ‘Umra. Das haben uns einige Journalisten erzählt, wie sie in Umschlägen ein paar Tausend Dollar, 3.000 Dollar erhalten, wenn sie den saudischen Botschafter interviewen. Das ist eine indirekte Kontrolle der Presse, aber vor allem der Urdu-Presse. Das ist ein Weg, mit dem Saudi-Arabien das Narrativ über das Königreich indirekt kontrollieren kann“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad).

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

So ist der Druck auf Urdu-sprachige Medien in Bezug auf die Berichterstattung zu Saudi-Arabien höher als bei englischsprachigen Formaten. Wegen der geringeren Reichweite können in englischsprachigen Medien sensible Themen leichter verhandelt werden als in den populären Urdu-sprachigen Medien, die eine deutlich höhere Leserschaft erreichen.<sup>110</sup> Deswegen ist den von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen durchaus bewusst, dass trotz der geringen Reichweite englischsprachige Medienformate Einfluss auf Gatekeeper\*innen nehmen (können), da sie im Wesentlichen diese frequentieren und dort kritischer über Saudi-Arabien berichten werden kann.

### 7.2 Die Irrelevanz von Migration in pakistanischen Medien: „Migration is not sexy“

Für die meisten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen liegt ein Hauptgrund für die öffentliche Absenz von pakistanischer Migration nach Saudi-Arabien auch darin, dass es sich dabei um ein alltägliches Phänomen handelt: Migration ist längst Teil der pakistanischen Gesellschaft, Teil der Kultur und damit eine Selbstverständlichkeit geworden – und sei deswegen nicht „sexy“, wie der Journalist SIA\_LAH betont. Oftmals könne er seine Artikel zu Migration nicht veröffentlichen oder die Recherche vorantreiben, da auf Seiten der jeweiligen Chefredaktionen kein Interesse an solcher Berichterstattung bestehe.

„(...) The perception is clear: Saudi Arabia is important for Pakistani migrants. Everybody knows that. But nobody cares and the media is not reporting because the fact is not new. It's widely known. It's very simple: Migration is not sexy (...) As a publisher, you will not get any advertisements if you cover the situation of labour migrants. This is my observation“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:32:54–4#).

Diese Sichtweise wird von HAY\_ISL vom MRC geteilt: Politisch sensible Themen wie Migration sollen vernachlässigt werden, um Sendeplätze für Unterhaltungsshow, Serien und Filme zu schaffen, die aus Sicht der Programmgestalter vom Publikum gewünscht sind:

---

<sup>110</sup> 2011 erschienen 80% aller Zeitungen in Urdu, während der Anteil englischsprachiger Zeitungen bei 8% lag (vgl. Pakistan Bureau of Statistics 2011). Allerdings erreichen alle Tageszeitungen nach offiziellen Angaben nur etwa 4% der Gesamtbevölkerung (vgl. Yusuf/Schoemaker 2013: 13), wengleich diese Angaben nicht unabhängig überprüft werden können, da die Herausgeber\*innen versuchen, ihre Verkaufszahlen überhöht darzustellen, um neue Werbekunden zu akquirieren.

„Regarding the media, Pakistanis are not interested in labour rights. They are interested in an Indian actress who is doing a Pakistani cellphone commercial. That sells but labour rights don't sell“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:25:26–8#).

In dieser zynisch konnotierten Aussage spiegelt sich eine gewisse Ohnmacht und Hilflosigkeit, sich in diesem regulierten Mediensystem zu Migration behaupten zu müssen. Eine ähnliche Haltung zeigt auch Journalist MAH\_LAH, dessen Berichterstattung über Migration immer wieder zu kontroversen Debatten innerhalb der eigenen Redaktion sowie mit seinem Chefredakteur geführt habe: „For every story, I have to convince my editor because he is so reluctant to publish stories about migrants even in a newspaper such as *Dawn*“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:05:54–0#). In der Konsequenz beschäftige sich nur eine „handful of people“ kritisch mit Migration (vgl. MAH\_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:13:27–3#). Für den Journalisten TSH\_LAH ist eben jenes fehlende Wissen der meisten Journalist\*innen ein Hauptgrund für die beschränkte mediale Sichtbarkeit von Migration. Im Gegensatz zu ihm fehle es seinen „ignoranten Kollegen“, wie er sie nennt, an Leidenschaft und Risikofreude, dieses Thema zu enttabuisieren und salonfähig zu machen:

„I'm personally interested to work on this issue. I have written a number of pieces on this issue. I am very sensitive about labor market issues because I am also a human rights activist (...) It is important to tell the people about the kinds of problem they can face in Saudi Arabia“ (TSH\_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore, #00:30:04–8#).

Viele seiner Kolleg\*innen können nicht nachvollziehen, warum er sich dem Thema der Migration so ausführlich widme. Sie werfen ihm vor, eine der wenigen funktionierenden Einnahmequellen der pakistanischen Wirtschaft mit seinen kritischen Artikeln zu diskreditieren, womit er seine Heimat verrate, wie sie sagen. Stattdessen solle er sich um die gravierenden Probleme im *eigenen* Land kümmern. Um trotzdem seiner „Pflicht“ nachzukommen, müsse er deswegen Wege finden, direkte Kritik an Saudi-Arabien zu vermeiden und andere Aspekte in den Vordergrund stellen. Deswegen kritisiere er in seinen Berichten häufig die Verfehlungen der pakistanischen Regierung. Insbesondere in den englischsprachigen Medien seien Beanstandungen der regierungspolitischen Maßnahmen häufig Teil der öffentlichen Debatte und viel eher akzeptiert als in den Urdu-sprachigen Medien, während kritische Berichte zu Saudi-Arabien von seinen Chefredakteur\*innen regelmäßig gekürzt werden (vgl. Interview, 11.02.2016, Lahore).

Ähnlich wie er ziehen auch andere Journalist\*innen ihre Motivation trotz der schwierigen Rahmenbedingungen aus ihrer Solidarität mit den benachteiligten Migranten, wie sie betonen. Hinter dieser Leidenschaft stecken diverse

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Lebenserfahrungen und persönliche Motive: So wurde das Interesse an Migration bei Journalist SIA\_LAH z. B. durch ein Fortbildungsseminar der ILO geweckt:

„I was focusing on labour in general such as minimal wages etc. Labour migration was not my top priority. However, I started to work on this issue after I went to a training seminar organized by the ILO and Jordan on labour migration. Afterwards, I created a lot of interest for this subject in Pakistan“ (SIA\_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:13:24–9#).

Vor dem Besuch des Seminars sei ihm die Relevanz dieses Themas nicht annähernd bewusst gewesen. Ähnliche Erfahrungen beschreibt auch der MRC-Mitarbeiter BUK\_LAH. Er versteht sich selbst als Pionier und Entwicklungshelfer, der ohne externe Unterstützung in Eigenregie das MRC in Lahore aufgebaut sowie organisatorische und logistische Herausforderungen und die Behinderungen durch die politischen Behörden überwunden habe.

„I'm using my own laptop, I'm using my own mobile, I'm using my own car. Everything is my own. It's only because I love this initiative. I like to develop something, I like to do something“ (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:43:52–8#).

Da er selbst fünf Jahre in Saudi-Arabien gelebt und gearbeitet hat, verfügt er über persönliche Erfahrungen, die ihn zu einer Tätigkeit bei der ILO motiviert haben, um dort seine Expertise und seine Kultursensibilität in die Arbeit mit zukünftigen Migranten einfließen zu lassen. Ohne dieses „Schlüsselerlebnis“ hätte er sich vermutlich nicht intensiv mit Migration beschäftigt, gibt er freimütig zu.

Andere befragte Öffentlichkeitsakteur\*innen sehen in negativen Migrationserfahrungen von Angehörigen und Freund\*innen einen Auslöser für ihr berufliches Engagement: Sie haben miterleben müssen, wie diese traumatisiert zurückkehrten, weil sie physische und psychische Schmerzen durchleiden mussten, ohne jedoch aus Scham über ihr erfahrenes Leid sprechen zu wollen oder zu können. Je mehr solche Berichte persönlich berühren, desto sensibilisierter reagiere man darauf, betont auch YAF\_LAH von JPP, dessen emotionale Nähe zum Thema sich in unserem Gespräch bereits bei seiner Schilderung der Rekrutierungsbedingungen gezeigt hatte. Wäre sein engstes Umfeld nicht von den Implikationen der Migration direkt betroffen gewesen, hätte er sich vermutlich nicht seiner Arbeit bei JPP gewidmet. Und seine Kollegin, BEL\_LAH, nennt ihre moralische Verpflichtung als Anwältin, sich für „ihre“ Klient\*innen einzusetzen, als Hauptmotivation. Sie könne sich glücklich schätzen, in einer privilegierten Familie aufgewachsen zu sein, die ihr ihr Geschichtsstudium am History at High College in Northampton ermöglicht hätte. „I wanted to do



what I could ... and the only road I saw was law” (zit. in Stapleton, 04/2018). Sie entschied sich, im Anschluss bis 2006 in Oxford Jura zu studieren. Als ausschlaggebend für den Eintritt in ihre neue Lebensphase schildert sie das Zusammentreffen mit dem britischen Anwalt, Menschenrechtsaktivisten und Gründer der NRO „Reprieve“ Clive Stafford Smith, der im Rahmen eines Seminars gemeinsam mit einem entlassenen Häftling über die Todesstrafe in den US-amerikanischen Südstaaten berichtete. „It was the only time at Oxford where I felt like someone was speaking to the reasons why I went to law school” (ebd.). Die Gründung von JPP sei eine direkte Folge dieser Erfahrung gewesen, um dem Vorbild Smiths zu folgen und sich für benachteiligte Menschen bzw. Opfer der Todesstrafe einzusetzen. Es sei ihr bereits damals bewusst gewesen, dass ihre Arbeit jedoch nur dann Erfolg haben könne, wenn sie in der Lage sei, mediale Aufmerksamkeit zu erreichen. Dafür nahm sie an einem Workshop in Budapest teil:

„There have been human rights defenders from other geographical areas all over the world. You talk about the system and one of main topics was how to deal with the press? We actually learned how to pack packages for the press, how to pitch the press? Before, I was absolutely not aware of this. You have to convince them: Why should they carry your story? I learnt all of that. This was very useful when I came back“ (BEL\_LAH, Interview, 15.02.2016, Lahore, #00:25:34–2#).

BEL\_LAH gilt vielen aufgrund ihrer persönlichen Motivation als Identifikationsfigur einer verantwortungsbewussten und kritischen Auseinandersetzung mit Migration – sei aber leider eine Ausnahme, wie Siddiqui betont:

„Where is the next generation of (BEL\_LAH, d. Verf.) being groomed? She does it on her own but she is only one person out of thousands out there. There are much more people who have been coopted and do not really give a damn about human rights than people who want to criticize and unveil the truth“ (Taha Siddiqui, Interview, 22.02.2016, Islamabad, #00:37:06–6#).

Ohne diese intrinsische Motivation fällt es vielen neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen schwer, sich dem omnipräsenten Druck der staatlichen Gatekeeper\*innen zu widersetzen. Dies gilt besonders für die von mir untersuchten Printjournalist\*innen: Pakistanische Behörden wie PEMRA seien sehr aufmerksam, Recherchefehler in ihren Artikeln nachzuweisen, um ihre Arbeitsweise zu kritisieren und sie zu diskreditieren, bestätigt der Journalist SIA\_LAH (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:15:30–7#). Sein Kollege MAH\_LAH bittet regelmäßig bei der saudischen Botschaft in Islamabad vor der Veröffentlichung seiner Artikel um eine offizielle Stellungnahme, eine Resonanz sei bisher aber immer ausgeblieben (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:08:30–4#). Auch während sei-

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

ner Zeit als pakistanischer Korrespondent in Katar, wo er im Rahmen des PANOS South Asia-Programms explizit zu Migration recherchierte, musste er ähnliche Negativerfahrungen sammeln:

„During my time in Qatar, I was not asked a single time to go and talk to the workers because the organizers have been very careful to avoid problems with the authorities. Therefore, I tried it on my own. I contacted the Pakistani embassy and I met a couple of contractors and finally I wrote a couple of stories. Otherwise I would not have been possible because the organizers said to us: Be careful and don't talk to any worker“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:16:35–6#).

Im Gegensatz zu anderen Kolleg\*innen, die mit Fakten durchaus „lockerer“ umgingen, wie er sagt, weiß er um die Relevanz einer professionellen Vorgehensweise. Nur so kann er Konflikte mit den Gatekeeper\*innen vermeiden; nur mit gründlicher Recherche und intensiver Informantenpflege ist es möglich, kritische Berichterstattung zu Migration zu forcieren. Er dürfe schlichtweg keine Angriffsfläche bieten, sagt er, sonst könne er über Nacht seinen Job verlieren. Viele anderen Kolleg\*innen verfügen über weniger Erfahrung als er und können daher nicht einschätzen, wie sie kritische Themen platzieren können. Stattdessen entscheiden sie sich für eine Form des kooptierten „Event-Journalismus“, um mögliche Risiken zu vermeiden. Dazu führen u. a. unzureichende universitäre oder private Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und daraus resultierende fehlende ethische und moralische Sensibilisierung für kritischen Journalismus.<sup>111</sup>

Um die mediale Irrelevanz von Migration zu überwinden, müssen die untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen immer wieder interessante und neue Blickwinkel und Geschichten in ihrer Berichterstattung finden, sagt MAH\_LAH:

„The media only talks about news that are sensational enough. Migration is no sensational issue. It does not make headlines. Normally, these people and their families are not well educated and very poor, so they don't have access

---

<sup>111</sup> Zwar stieg im Zuge der Medienliberalisierung die Zahl der Journalist\*innen bis 2010 von 2.000 auf 17.000, doch ihre Arbeitserfahrung liegt unter drei Jahren und das Durchschnittsalter sank zwischen 2002 und 2010 von 43 auf 27 Jahre (vgl. Mezzera/Sial 2010: 38). Im Zuge dieser Entwicklung benötigten die neu gegründeten TV-Anstalten eine Fülle an Personal und warben mit der Aussicht auf höhere Gehälter Journalist\*innen aus dem Printbereich ab. Deren mangelnde Erfahrung bei Präsentation und Recherche im TV-Bereich habe jedoch zu einem Qualitätsverlust geführt (vgl. Mezzera/Sial 2010: 39).

### 7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen und Marginalisierung der Migranten:

to media or to journalists. Thus, their stories are being unheard so far“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:28:39-0#).

Dabei begeben sie sich auf einen schmalen Grat zwischen Kreativität und Sensationsjournalismus. Dies gelingt vielen Journalist\*innen nicht, da sie weder über die entsprechende Ausbildung noch die notwendige Erfahrung verfügen. Deswegen bewegt sich die Berichterstattung über Migration hauptsächlich in Extremen und stellt Einzelschicksale in Form von „soft stories“ heraus, ohne die Hintergründe, die strukturelle Gewalt oder die systemische Benachteiligung von Migranten und die sozialen Implikationen für die Angehörigen zu thematisieren.

### **7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen und Marginalisierung der Migranten: „Für ihre Misere sind sie selbst verantwortlich“**

Für die meisten Öffentlichkeitsakteur\*innen steht fest: Innerhalb des pakistanischen Mediensystems werden die Migranten selbst für ihre Misere verantwortlich gemacht, so stellvertretend der Journalist SIA\_LAH:

„The labour migrants have a very negative image also here in the media. They are perceived as poor drug traffickers, as criminals who are doing harm to the good friend and partner Saudi Arabia“ (Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:35:54-7#).

Es herrscht häufig die Haltung vor, die zu Auswanderung führenden Faktoren wie wirtschaftliche Perspektivlosigkeit sowie die prekären Verhältnisse im Empfängerland nicht auf die jeweiligen Regierungen und rechtlichen Bedingungen zurückzuführen, sondern den Migranten „zuzuschreiben“, führt der Journalist HAY\_ISL die Aussagen seines Kollegen aus (vgl. Interview, 24.02.2016, Islamabad). Dieses Narrativ manifestiert hierarchisiertes Klassendenken und schließt Migranten als mediale Außenseiter von allen öffentlichen Arenen aus. Innerhalb des Mediensystems werden sie nicht mehr wahrgenommen, da sie nicht als integrierte Mitglieder der pakistanischen Gesellschaft akzeptiert werden, bestätigt auch der Menschenrechtsaktivist REH\_LAH von der HRCF.

„The media perceive migrants as fools. They think that it’s the decision of the migrants to leave their country. Thus, they don’t have to complain about difficult circumstances. It’s a lack of solidarity towards our own people. There is a complete lack of fellow feeling“ (Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:39:28-8#).

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Die sozialen Unterschiede und das Streben nach gesellschaftlicher Reputation haben mittlerweile eine solch dominante Rolle eingenommen, dass Empathie und Mitgefühl für wirtschaftlich benachteiligte Gruppierungen wie den Migranten kaum noch existent sind. Diese Stereotypisierung und Stigmatisierung der Migranten wollen viele der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen – wie SOH\_ISL vom MRC Islamabad – jedoch nicht akzeptieren:

„They don't deserve to be treated in that way regardless of how the migrants themselves perceive their destiny. I cannot find a single reason within me to justify the way they are treated“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:22:58–6#).

Er führt die strukturellen Missstände in der pakistanischen Migrationspolitik auf die ignorante „touchy bourgeois class“ zurück, die sich nicht um die Interessen und Sorgen der Migranten kümmert, sondern nur den eigenen Status sichern will (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:26:38–0#). Gleichzeitig resultieren die fehlende Solidarität der Gatekeeper\*innen mit den Migranten und die Stigmatisierung als Alleinverantwortliche ihrer Misere in einer passiven und destruktiven Haltung gegenüber dem Engagement der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen. So werden sie von vielen politischen Gatekeeper\*innen als „Querulanten“ denunziert, da sie sich mit den Lebensverhältnissen der Migranten beschäftigen, anstatt sich mit nationalen Probleme wie Kinderarbeit oder Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Daraus entsteht ein Konfliktverhältnis zwischen den untersuchten Akteur\*innen und politischen Gatekeeper\*innen, die sich gegenseitig misstrauen. Dies beeinträchtigt auch die alltägliche Zusammenarbeit, wie am Beispiel des MRC deutlich wird: So habe die Regierung dem MRC zwar zwei Ministeriumsmitarbeiter\*innen zugewiesen, die auf staatlicher Seite die ILO-Initiative unterstützen sollen, wie der Leiter des Zentrums in Lahore betont.

„But at the end of this year, me and my staff will be out of this funding. Afterwards, the government has to run the initiative. It has to be institutionalized but until now, it's only a drop in the ocean. It cannot be sustainable because there is no strategy behind it. (...) These colleagues hardly visited my institute. They hardly come and ask me ‚Sir, can I do something for you?‘“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:44:25–8#).

„We don't want to implement the project alone, it should be realized together or even by the government. It is just an incentive by ILO to attract the government to do more for labour migrants. It must be seen as a bigger, as a long-term investment. But this is not the approach of the project. It's more an activity and I know that I'll have to leave the project in September. What is happening afterwards? I really don't know, the government is in charge of

### 7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen und Marginalisierung der Migranten:

the future. It was only a kick-off“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:43:37–3#).

Auf Regierungsseite werden externe Geber wie die ILO oder IOM oftmals mit Skepsis betrachtet. Die Gründe dafür liegen in einem anti-westlichen Diskurs sowie der Angst vor neo-kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen bzw. drohendem Kontrollverlust, wie mir während des Gesprächs mit einem Vertreter des MOP verdeutlicht wird:

„Die internationalen Geber implementieren Programme nur nach deren Willen. Sie erstellen Hochglanzbroschüren und organisieren nette Konferenzen, aber die eigentliche Arbeit überlassen sie anderen. Es geht hier auch darum, wie man Migration definiert und welche Regeln angelegt werden. Wir orientieren uns an unserer Definition und an unseren Bedürfnissen, die Geber tun dasselbe, sodass es hier Unterschiede bei der Bewertung der Prioritäten gibt“ (IQB\_ISL, Interview, 29.02.2016, Islamabad, Gedächtnisprotokoll).

Diese Missverständnisse, gegenseitigen Vorwürfe und Vorbehalte erschweren eine engere Zusammenarbeit zwischen den neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen und pakistanischen Regierungsinstitutionen, wie BUK\_LAH vom MRC frustriert bestätigt:

„We went to the Protector of Immigrants and said to him: We don't want to do something which conflicts your interests. We only want to support you. We only want to train 500 future migrants every day to prepare them for the situation in the destination country. We want to help your trainers, develop the course and deliver the materials in order to professionalize the orientation. If you don't have the human resources, just tell me and I'll send my staff. He was not interested. He has never been in any of my meetings. He said: I don't like this initiative“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:48:53–3#).

Interviewer: “Is it frustrating?”

„Yes, it is. I don't know why he is not interested. I only want to support him and only want to provide him with information. This is only in the interest of the people of Pakistan but he don't like it at all“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:49:53–9#).

Diese Frustration zeigt sich auch bei Repräsentant\*innen der HRCP, deren Aufgabe es ist, Beschwerden von Migranten oder ihren Angehörigen an die zuständigen Behörden weiterzuleiten und darauf zu drängen, sich für den jeweiligen Fall einzusetzen. Dabei handelt es sich in der Regel um Verstöße der Bürger gegen die Vertragsvereinbarungen, körperliche oder mentale Misshandlungen, Entzug von medizinischer Versorgung, dem Verbot, im Krankheitsfall einen

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Arzt aufzusuchen oder den zugesagten Heimaturlaub anzutreten. Leitende Mitarbeiter\*innen des HRCP haben in der Vergangenheit die relevanten Regierungsstellen immer wieder gedrängt, diesen Beschwerden nachzugehen und sich mit den saudischen Behörden in Verbindung zu setzen – ohne Erfolg:

„The only thing we can do is to commission the government to do that or the other. We can positively intervene but not very much because the government is so sure of its own wisdom. They do not listen to us. We sent complaints from the migrants to the ministry but they didn't react (...) It's very depressing, the situation is very depressing and it's very hard to sustain optimism if something good might happen“ (REH\_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:34:25–6#).

Diese Ignoranz der Regierung sei respektlos und verdeutliche, welche gravierenden Missstände in der pakistanischen Migrationspolitik vorherrschen würden, so REH\_LAH. Er bemängelt vor allem, dass er bei den betreffenden Personen aufgrund seiner Position zwar bekannt sei, trotzdem aber nicht ernstgenommen werde. REH\_LAH gilt bei vielen der von mir interviewten Akteur\*innen als bekannte Ikone der Zivilgesellschaft, als respektierte Persönlichkeit und als langjähriger Pionier beim Aufbau des HRCP. In einer hierarchisierten Gesellschaft, in der das Senioritätsprinzip vielfach Zugänge zu einflussreichen Gatekeeper\*innen eröffnen kann, werden exzellent vernetzten und erfahrenen Personen wie REH\_LAH umfangreiche Einflussmöglichkeiten zugeschrieben. Doch offenbar reicht selbst seine soziale Reputation nicht aus, um migrationsspezifische Themen in seinem Sinne bei den Gatekeeper\*innen zu adressieren.

Ähnlich wie REH\_LAH fühlen sich auch andere untersuchte Akteur\*innen machtlos gegenüber der pakistanischen Regierung. Selbstverständlich sei diese in der Lage, z. B. mehr Druck auf die politische Führung in Saudi-Arabien auszuüben und sich für die benachteiligten Migranten einzusetzen, doch es fehle schlichtweg der politische Wille, wie BEL\_LAH vom JPP mit emotionalen Worten ausführt:

“Of course, they can. They don't want to. This is *bullshit. Bullshit*. Malaysia and Sri Lanka have pressured Saudi Arabia to improve the job conditions for migrants and Saudi Arabia had accepted these demands. What would Saudi Arabia do? Do they really clean their own children schools? What are we talking about? (haut mit der Faust auf den Tisch, Anm. d. Verf.) They don't do that“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:34:21–6#).

BUK\_LAH äußert ähnliche Kritik wie BEH\_LAH, formuliert diese aber sachlicher: Zwar leide die pakistanische Migrationspolitik unter gravierenden Mängeln, dies liege jedoch nicht an fehlenden Konzepten, sondern an der mangel-

### 7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen und Marginalisierung der Migranten:

haften Umsetzung. Damit bezieht er sich auf den vorgelegten Entwurf der „National Policy for Overseas Pakistanis“ aus dem Jahr 2009 (vgl. [Kapitel 6](#)). Darunter leidet auch seine Arbeit beim MRC:

„I am working for that center for six months and the Ministry never came here and asked what I’m doing. They even don’t send me a presentation about their plan for the future. Nothing“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:42:23–3#).

“The people don’t see the process, they only want to see the outcome. For them, it’s one year training to become a manager, to become important. They are not interested in the program itself, they only want to personally benefit from it. Washington will talk to you, ILO will talk to you, because you’ll be the person who is in charge when I left. But this is the wrong way. They are only looking for short-term objectives“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:46:12–1#).

Diese kurzfristige Sichtweise politischer Vertreter\*innen zeigt aus seiner Sicht symptomatisch die gravierenden Missstände des politischen Systems Pakistans, welches durch Eigennutz, Egoismus und erratices Streben nach gesellschaftlicher Anerkennung dominiert werde. BUK\_LAH selbst schäme sich für seine desillusionierte Einschätzung, da er damit seine pakistanischen Landsleute beleidige. Gleichzeitig muss er jeden Tag mit Regierungsinstitutionen zusammenarbeiten, da er auf deren Unterstützung angewiesen ist.<sup>112</sup>

„Of course, it’s disillusioning when people in the ministry tell me: It’ll not work. There going to be challenges (...) Right now, we are just facilitating or just collecting information. But as we grow and as the government of Pakistan is beginning to prioritize migration policy and convince their embassies to work pro-actively, we can achieve a lot. But the first year will be a real struggle. And after one year, the initiative goes to the ministry and the donors move out. You can really imagine what will happen when the government of Pakistan will take over... (lacht)“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:30:45–2#).

Zu dieser politischen Inaktivität der Regierung trägt auch die langjährige Erfahrung Pakistans als Empfänger in der Entwicklungszusammenarbeit bei. Daraus hat sich aus Sichtweise einiger Öffentlichkeitsakteur\*innen eine „Nehmermentalität“ herausgebildet: Extern bereitgestellte Unterstützung werde als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Dies nutze die Regierung aus, indem sie mit ihrem Image als instabiler Unsicherheitsfaktor kokettiere, um externe

---

<sup>112</sup> Das MRC ist eine durch die ILO eingerichtete Initiative und kann ohne die rechtliche Akzeptanz durch die pakistanische Regierung nicht wirken.

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

Finanzmittel zu generieren, so der Menschenrechtsaktivist HNA\_LAH (Interview, 23.01.2016, Lahore). Als Konsequenz sei eine Bequemlichkeit entstanden, sich nicht eigeninitiativ um die Belange der Migranten sorgen zu wollen, sondern diese Aufgabe der ILO oder anderen internationalen Gebern zu überlassen. Dieser politische Unwille habe mittlerweile auch bei den Migranten selbst zu einer fatalistischen Einstellung geführt, betont HAY\_ISL vom MRC in Islamabad: „It’s also about the social hierarchy because they don’t see themselves in a position to fight for their rights. They don’t have the confidence to ask questions. They don’t do it“ (Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:07:03–0#).

Das stigmatisierende und exkludierende Narrativ ist also so wirkmächtig, dass sich die Migranten selbst als Teil des Problems betrachten und daher oftmals unrechtmäßige Behandlungen durch ihre Bürgen, die Rekrutierungsagenturen oder die pakistanische Regierung klaglos hinnehmen. HAY\_ISL empfindet diese Resignation als wichtigste Herausforderung ihrer Arbeit: Das Gefühl der Migranten, die Sündenböcke der Nation zu sein, müsse sich ändern, sagt sie kämpferisch, ist sich aber bewusst, dass die soziale Kultur der Ver- und Missachtung der Migranten notwendigen Fortschritten entgegenstehe (vgl. HAY\_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:39:56–6#).

Trotz dieser bestehenden Probleme in der Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen schildern einige der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen aber auch positive Erfahrungen: So ist es BUK\_LAH nach eigener Aussage gelungen, bei mehreren Besuchen im Ministerium die zuständigen Kolleg\*innen von der Sinnhaftigkeit seiner Arbeit zu überzeugen und sie zu motivieren, sich für das MRC einzusetzen. Dies habe zwar Geduld und Ausdauer, Empathie und Rücksichtnahme sowie eine gewisse Demut erfordert, doch schließlich habe es sich in einer vertrauensvolleren Zusammenarbeit niedergeschlagen. Als Ergebnis dieser personalisierten Netzwerke plant das MRC durch die Provinzregierung des Punjab finanzierte Fort- und Weiterbildungseinrichtungen, Orientierungskurse und sogenannte „Pre-departure training sessions“ für zukünftige Migranten einzurichten und durchzuführen, wie vom National Programme Officer of the South Asia Labour Migration Governance Project in Pakistan (SALM) des MRC bestätigt wird:

„I have already signed an agreement with the Punjab Vocational Council with 200 premises all over Punjab. We agreed that I can visit all these centers to inform them about our activities. They can collect all the students who are willing to go abroad and we can have a short orientation workshop of two to two and a half hours. We just brief them about the migration process. I also like to sign an agreement with TEVTA. I want to give them a plan for the next 3–4 months. It’s also about training and orientation sessions. We will distribute the booklets we gave you earlier to the participants.



### 7.3 Kooperation mit politischen Gatekeeper\*innen und Marginalisierung der Migranten:

Thus, they can read those booklets as soon as they have arrived in Saudi Arabia or Dubai“ (HAM\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:02:17–7#).

Die geplante Zusammenarbeit mit TEVTA soll ein weiterer Meilenstein werden. So erklärt die zuständige TEVTA-Mitarbeiterin NAD\_LAH, bereits mehrmals von BUK\_LAH kontaktiert worden zu sein, um Möglichkeiten der gemeinsamen Aktivitäten zu evaluieren:

„In the past, ILO did not have much linkages with us and the public sector. But now, they are contacting us and we are in close contact. I don't know the reason why this has changed. (Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:29:21–5#).“

Bislang sei kaum bekannt gewesen, welche nichtstaatlichen Organisationen zu Migration gearbeitet hätten, doch dies ändere sich auch durch das persönliche Engagement von BUK\_LAH. Ihm sei es zu verdanken, dass innerhalb von TEVTA darüber nachgedacht werde, regelmäßige Orientierungskurse für zukünftige Migranten einzurichten, sich dabei auf die Materialien des MRC zu beziehen und Mitarbeiter\*innen wie BUK\_LAH als Gastdozent\*innen einzuladen. Motiviert durch diese positive Erfahrung der Zusammenarbeit betrachtet sie es als ihre persönliche Verpflichtung, ähnliche Kooperationen auch mit anderen Akteur\*innen zu etablieren (vgl. NAD\_LAH, Interview, 09.02.2016, Lahore, #00:19:55–1#). Dementsprechend ist es ihr Ziel, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, um im Weiter- und Ausbildungsbereich Migranten zu unterstützen und zu fördern. Bislang emigrierten erst 540 am TEVTA vorbereitete Migranten für sechs bis neun Monate in die arabischen Golfmonarchien, davon 30–40% nach Saudi-Arabien. Diese Anzahl will sie in Zukunft auch durch die Zusammenarbeit mit dem MRC erhöhen.

Die Gründung der MRC und des RC in Karachi zeigen, dass sich die geberbasierten Vorhaben zu Migration in den letzten Jahren in Pakistan ausgeweitet haben: Beide Einrichtungen sind die ersten migrantenorientierten Projekte von ILO und IOM in Pakistan und können damit als Leuchtturmprojekte definiert werden. Vor diesem Hintergrund hoffen pakistanische NRO, von dieser Entwicklung zu profitieren, immerhin sind sie auf Mitgliedsbeiträge, Spenden oder externe finanzielle Unterstützung angewiesen. Dies führt allerdings häufig zu der Situation, sich bei der Projektimplementierung nach den Forderungen und Vorstellungen der unterschiedlichen Geber richten zu müssen, worunter in der Vergangenheit die migrationsfokussierten Kampagnen der NRO litten, die aus Gebersicht nicht als förderungsfähig galten, betont HAM\_LAH von der Muttahida Labour Federation in Lahore.

„Of course, we think about doing something on migration but we didn't so far. The NGO don't have the money for such activities. The donors decide

## 7. Migration nach Saudi-Arabien im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit

what activities we can work on. It's not our own decision. Therefore, we didn't do something on migration so far" (Interview, 04.02.2016, Lahore, #00:24:00-0#).

Deswegen fehlten den neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen in der Vergangenheit die notwendigen Projektmittel, um in diesem Bereich eigenmächtig aktiv zu werden. Das gewachsene Interesse externer Geber und die Gründung der MRC könnten dies ändern und dazu führen, dass die untersuchten Akteur\*innen zusätzliche personelle, logistische und institutionelle Kapazitäten aufbauen können, um ihre Aktivitäten zu Migration auszuweiten und zu verstetigen. Diese Entwicklung könnte sie zum ersten Mal in die Situation versetzen, konzeptionell und medienöffentlich zu Migration zu arbeiten. Andererseits könnten sich aber bestehende Abhängigkeitsverhältnisse zu eben jenen Unterstützern noch manifestieren. Hinzu kommt, dass sich das Interesse externer Geber an migrationspezifischen Themen in Zukunft wieder reduzieren könnte. Dies hätte einen Einbruch der Fördermittel und damit einen Rückgang der migrationsorientierten Projekte der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeitsakteur\*innen zur Folge.

### 7.4 Zwischenanalyse

Die neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen bewegen sich in einem fragmentierten und limitierten Mediensystem, welches die Sichtbarkeit von Migration nach Saudi-Arabien begrenzt. Der Zugang zum Teilbereich medialer Öffentlichkeit zu Migration wird kontrolliert von Gatekeeper\*innen aus Politik, dem Sicherheitsbereich oder den Medien, die in unterschiedlicher Form Einfluss auf die untersuchten Akteur\*innen nehmen, indem sie Repression ausüben, Kooption einfordern und Ressourcen verknappen oder ausweiten. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis des Mediensystems vom Staat limitiert somit öffentliche Räume und Netzwerke und charakterisiert das pakistanische Mediensystem als regulierte Öffentlichkeit, in der die Referenzrahmen des Sagbaren von staatlicher oder kommerzieller Seite gesetzt werden. Diese strukturellen Charakteristika des pakistanischen Mediensystems, die sich in verstärkter Kommerzialisierung, in „Event-Reporting“, der Irrelevanz von Migration in der Öffentlichkeit und sozialer Hierarchisierung niederschlagen, beeinträchtigt die Wirkweisen der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen, die diese von den Gatekeeper\*innen gesetzten Zugangsbarrieren herausfordern wollen und sich damit in einem volatilen Umfeld bewegen. Persönliche Motivation fungiert bei allen untersuchten Akteur\*innen als wesentliche Triebfeder, sich trotz der erschwerten Rahmenbedingungen kritisch mit Migration nach Saudi-Arabien zu beschäftigen. Sie

betrachten ihre diesbezüglichen Tätigkeiten nicht nur als obligatorische Pflicht im Rahmen ihrer beruflichen Aufgabe, sondern auch als persönliches *issue*, da sie sich in der moralischen Verantwortung sehen, aufgrund ihrer privilegierten beruflichen und sozialen Position den „unterdrückten Migranten“ zu helfen, wie sie es ausdrücken. Diese individuelle Motivation schlägt sich häufig nicht nur in leidenschaftlichem Engagement für die Migranten und ihre Angehörigen nieder, sondern richtet sich auch in unterschiedlicher Vehemenz gegen das politische System und die dominierenden Gatekeeper\*innen.

Aus Sichtweise vieler Öffentlichkeitsakteur\*innen wird die fehlende Sichtbarkeit von kritischen Aspekten des Migrationsprozesses auf mangelndes Verantwortungsbewusstsein, auf strukturelle Probleme innerhalb des Verwaltungssystems sowie auf Ignoranz der politischen Gatekeeper\*innen zurückgeführt. Die Verfehlungen innerhalb der pakistanischen Migrationspolitik limitieren daher die persönlichen und institutionellen Zugänge der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen zu den Gatekeeper\*innen. Trotz ihres persönlichen Enthusiasmus stoßen sie auf massive Gegenwehr, die Anliegen der Migranten im Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit platzieren zu können, was zum einen zu hoher Frustration, zum anderen zu prekären Arbeitsbedingungen geführt hat, welche von intensiven Bemühungen geprägt sind, die persönlichen Kontakte zu oftmals kooperationsunwilligen Gatekeeper\*innen herzustellen. Dieses Engagement bündelt knappe personale und finanzielle Kapazitäten und verzögert somit die eigentliche Arbeit mit den Migranten und zu Migration. Weiterhin beeinträchtigt der Balanceakt zwischen notwendiger Kompromissbereitschaft und limitiertem Aufbegehren gegen die Dominanz der politischen Gatekeeper\*innen den beruflichen Alltag der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen.

Dennoch zeigen sich auch einige Fortschritte, immerhin konnten durch enormen persönlichen Einsatz erste Netzwerke und damit Zugänge etabliert werden, was auf eine sich ändernde und schrittweise öffnende Arena zu Migration hinweist. Dieser Prozess wird durch das wachsende Interesse neuer Akteur\*innen und Institutionen an migrationsrelevanten Themen forciert.

Im folgenden Kapitel soll davon ausgehend untersucht werden, wie sich diese komplexen Rahmenbedingungen auf die Medienpraktiken und -strategien der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen auswirken und mit welchen Instrumenten sie versuchen, Migration kritisch sichtbar zu machen.

